Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 169. Sonntag den 23. Mai 1880. 74. Jahrgang.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 26. Mai a. c., Abends 6½ Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. **Gutachten** des Verfassungs- bez. Bau-, Oekonomie- und Stiftungs-Ausschusses über: a. eine Beschwerde wegen Concessionsertheilung zu einer Dampfkesselanlage an der verlängerten Teichstraße; b. die ablehnende Erklärung des Rathes auf den Antrag wegen einzuholender Zustimmung des Collegiums bei Ueberlassung des großen Fest-Podiums im Neuen Theater.

II. **Gutachten** des Finanz- bez. Verfassungs-Ausschusses über: a. die Verwendung der Ueberschüsse der Sparcasse; b. die Rechnungen der Sparcasse und des Leihhauses auf die Jahre 1878 und 1879; c. die vom Rathe vorgelegten Theaterinventarverzeichnisse; d. Gewährung eines Beitrags zur Einrichtung einer Anstalt behufs Gewinnung animaler Lymphe; e. das Budget des Lagerhofes; f. die ablehnende Erklärung des Rathes auf den Antrag wegen Verlängerung der Frist für Ausstellung der Steuer-Hauslisten.

III. Bericht des Finanz-Ausschusses über verschiedene Cassenrevisionen.

IV. Bericht des Stiftungs-Ausschusses über Prüfung der Rechnungen des Johannishospitals auf die Jahre 1877 und 1878, sowie verschiedener anderer Stiftungsrechnungen.

V. **Gutachten** des Schul-Ausschusses über die von der Gemeinnützigen Gesellschaft erbetene Ueberlassung von 3 Zimmern in dem alten Thomasschulgebäude zur Einrichtung eines Lehrcursus behufs Heranbildung von Lehrkräften für später zu errichtende Schülerwerkstätten.

Bekanntmachung,

die Vertilgung der Raupen und Raupennester betreffend.

Da sich in verschiedenen Gärten **Raupen** und **Raupennester** in großen Mengen gezeigt haben, fordern wir hiermit unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 10. Februar d. J. die Grundstücksbesitzer beziehentlich Garteninhaber auf, bei Vermeidung von **Geldstrafen bis zu 60 Mark** oder entsprechender Haft **ungesäumt** ihre Bäume, Sträucher, Hecken ꝛc. gehörig **raupen**, sowie die **Raupennester vertilgen** zu lassen, wobei wir noch darauf aufmerksam machen, daß die Vernichtung der gerade jetzt vorzugsweise in der Entwickelung begriffenen sogenannten Ringelraupen am besten Morgens und Abends erfolgen kann.

Leipzig, den 20. Mai 1880. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Unter dem heutigen Tage sind die Herren
Johann Carl Otto **Bertschinger**
und
Carl Adolf Max **Grimmer**
als städtische Vollstreckungshülfsbeamte bis auf Weiteres eingestellt und in Pflicht genommen worden.

Leipzig, den 21. Mai 1880. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. L. B.

Bekanntmachung.

Längs der Friedhofsmauer am Täubchenweg soll ein Fußweg von Mosaikpflaster mit Kantensteinen und Tagerinne angelegt und die damit verbundenen Steinsetzarbeiten an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen im Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Fußweg am Täubchenweg"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 2. Juni d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 21. Mai 1880. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Wegen Pflasterung der **Harkortstraße** wird der Tract dieser Straße zwischen Nonnenmühle und Pleißengasse vom **Dienstage, den 25. d. M.** an bis auf Weiteres für den durchgehenden Fahrverkehr **gesperrt.**

Leipzig, am 22. Mai 1880. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Harrwitz.

Italienische Wahlkämpfe.

Die Ergebnisse der Neuwahlen in Italien sind ein neuer Beweis für den unheilvollen Einfluß, welchen das wirre Parteigetriebe auf das öffentliche Leben des Landes ausgeübt hat. Auf allen Gebieten der Verwaltung und Gesetzgebung Italiens herrscht Stillstand, oder Rückschritt, denn die Parteien messen schon lange ihre Kräfte nicht mehr, um das Wohlergehen des Landes zu fördern, sondern jede Fraction für sich ist allein bestrebt, ihre Regierungsfähigkeit nachzuweisen, um, wenn es an der Zeit ist, an die Gewalt zu gelangen. Auch heute wieder, wo es den Schildknappen des Ministeriums geglückt ist, das Steuerruder wieder in die Hand zu bekommen, erweisen sich die Anstrengungen Cairoli's als ein Ausfluß eitlen Ehrgeizes, als ein Mißbrauch von Machtmitteln, welche ja jede Regierung in der Hand hat, so lange ihr noch das Räderwerk des Staatsorganismus gehorcht. Der Wahlkampf drehte sich, darin stimmen alle Berichte überein, nicht um staatserhaltende Grundsätze, sondern lediglich um Personenfragen, um die Interessen eines politischen Streberthums, wie es in seiner Corruption so leicht bei anderen Nationalstaaten nicht angetroffen wird. Selbst die mühsam geschaffene Einigkeit der verschiedenen Volkselemente des Königreiches ist nicht unangetastet geblieben, man hat es versucht, wie ein genauer Kenner italienischer Zustände der „Weserzeitung" mittheilt, den alten Antagonismus zwischen Süd- und Norditalien in thörichtem Wahnsinn von Neuem anzufachen, indem man sich auf beiden Seiten der zwei um die Gewalt ringenden Fractionen anklagte, daß die südlichen Provinzen vom Norden terrorisirt werden. Das ist aber um so unwahrer, als gerade seit 1876 das keineswegs lautere Element Süditaliens unter den Deputirten der letzten Legislatur das Heft bei allen Intriguen führte, welche nachher die Ursache zu endlosen Krisen wurden. Leider aber war gerade in Süditalien nichts heilig, so lange die Wahlkämpfe dauerten. Die Sprache der Presse sank dabei zu einer Gemeinheit herab, welche man kaum anderswo dem ungebildetsten Pöbel zumuthen dürfte. Die Lügen und Verleumdungen, welche sowohl von der Regierung als von ihren Gegnern in der eigenen Partei dem Publicum aufgetischt wurden, sind so haarsträubend, daß sogar ein ministerielles Blatt, die „Liberta", wörtlich schrieb: „Der Ton in der Wahlpolemik ist ein so scharfer geworden, daß jetzt weiter nichts übrig bleibt, als die Feder von sich zu werfen und zum Messer und zum Revolver zu greifen!"

Nicht minder roh war die Sprache des Nicotera'schen „Versagliere", welcher in der Wuth, daß Depretis, der frühere Ministercollege Nicotera's, diesen durch einen Gegencandidaten, den Exminister Tajani, in seinem Wahlkreise Salerno bekämpfen ließ, nicht anstand, Folgendes zu drucken: „Depretis bekämpft den Exdeputirten Nicotera; der Präfect von Salerno leitet das Manöver oder besser gesagt die Teufelsküche, in welcher der Wahlkampf mit einem Pistolenschusse beginnt und mit einem Dolchstiche endigt. Jetzt schmiedet man an der Waffe, bei welcher man unsere gemeinsamen politischen Gegner als Handgriff, den Deputirten Tajani aber als Klinge des Dolches benutzen möchte. Die Candidatur Tajani's gegen Nicotera ist das Maximum der verwerflichsten aller Wahlschliche!" Irren würde man sich aber, wenn man diese Sprache der Journale von Exministern für das Heftigste hielte, was dieselben während des Wahlkampfes geleistet haben. Sogar die von ganz Italien angebetete liebenswürdige Königin Margarethe hat man mit in den unsaubern Kampf gezogen. Gesundheits halber mußte dieselbe mit dem von den Masern genesenen Kronprinzen auf einige Wochen nach Neapel in das Schloß Capodimonte übersiedeln; da aber verlautete, daß der Ministerpräsident Cairoli, welcher auch im ersten Wahlbezirke in Neapel candidirte und deshalb vor seinen Wählern zu sprechen genöthigt war, die Königin angeblich begleiten würde, so hatten der „Versagliere", der „Quotidiano" und andere Blätter der Dissidenten von der Linken in dieser unschuldigen Sache ein Parteimanöver der Krone zu Gunsten Cairoli's gewittert, welcher angeklagt wurde, aus der allgemeinen Beliebtheit der Königin Capital schlagen zu wollen, indem er mit ihr absichtlich in Neapel eintreffe, um dadurch auf die ihm großentheils ungünstig gesinnten Wähler einzuwirken. Mit offener Vermessenheit verboten in Folge dessen die dissidirenden Journale der Königin, sich von Cairoli begleiten zu lassen. Und das geschah in einem Staate, welcher den Anspruch erhebt, ein Muster constitutioneller Verfassung zu sein!

In Neapel überhaupt war das Schauspiel ein besonders widerliches. Man sah daselbst die früheren persönlichen Erzfeinde Crispi und Nicotera friedlich neben einander als Präsidenten eines Wahlmeetings, in dem es zu Rohheiten aller Art kam, tagen und den Vorsitz theilen mit dem Exdeputirten Giovanni Bovio, dem Vicepräsidenten der „Italia irredenta", der nicht zauderte, offen vor der Versammlung zu prophezeien, daß die jetzt bevorstehenden Wahlen die letzten monarchischen Wahlen in Italien sein würden. Ja, man sah sogar, daß, nachdem der genannte Redner ausgesprochen hatte, die beiden Exminister Crispi und Nicotera Herrn Bovio gratulirend die Hand schüttelten. Nicht besser als die Dissidenten machte es übrigens die Regierung, welcher die maßlose Erbitterung ihrer früheren Freunde und jetzigen Gegner großentheils zur Last fällt, weil sie dieselben durch alle nur denkbaren Ungesetzlichkeiten und Umtriebe bei den Wahlen geradezu provocirte. Präfecten und Unterpräfecten, welche die Wahlcorruption der Regierung nicht ausführen wollten, wurden abgesetzt oder versetzt. Mit dem geheimen Fonds aus der Staatscasse ward nach Herzenslust da gewirthschaftet, wo Versprechungen, Orden und dergleichen nicht ausreichten. Große Eisenbahnarbeiten, welche noch lange nicht an der Reihe gewesen wären bei der gesetzlich allerdings bereits beschlossenen Ausführung des Baues, wurden plötzlich verpachtet; große Chausseearbeiten, namentlich bei den Ortschaften, welche der Regierung feindliche Candidaten zu wählen drohten, wurden ebenfalls plötzlich zur Licitation gestellt; um die vielen Tausende von Eisenbahnbeamten, welche vom Staate abhängen, zu ködern, ließ man Gesetzentwürfe ins Publicum werfen, in denen eine merkliche Verbesserung des Gehaltes derselben vorgeschlagen wurde. Genug, die unerlaubte Agitation war eine ungeheure; die Waffen, welche man auf beiden Seiten brauchte, waren die verwerflichsten. Ueberall reisten die Minister im Lande herum, um das Evangelium von Stradella (das Programm von Depretis) zu predigen; im Grunde aber, um die Wähler mit allerlei Zugeständnissen und Gunstbezeigungen zu corrumpiren. Das Ministerium Cairoli hat auf diese Weise der Welt gezeigt, wie man in Italien Minister bleibt.

Diesem wüst demagogischen Treiben von Regierungswegen gegenüber hielt sich die Rechte reservirter. Sie hatte die empörenden Anträge der Regierung, ein Bündniß mit ihr gegen die eigenen dissidirenden Parteigenossen einzugehen, rundweg ausgeschlagen. Jede Coalition wurde energisch abgewiesen. Ihre hervorragenden Mitglieder waren allerdings gleichfalls als Wanderapostel unterwegs, aber der Ton, den Sella in Cossata und Turin, Spaventa in Bergamo, Minghetti in Bologna, Legnago und Venedig, Lanza in Turin angeschlagen hatten, war ein sachlicher, auch die Haltung der Blätter der Rechten war maßvoll. Diese Mäßigung schien offenbar berechnet und zwar sehr schlau berechnet, zumal da das Programm der Rechten, wenn man die Abschaffung der Mahlsteuer, welche dieselbe nicht billigt, ausnimmt, ziemlich identisch ist mit jenem beider Linken, namentlich aber der Dissidenten, welche keine Silbe von der Abschaffung dieser Steuer in ihr Programm aufnahmen.

Die Rechte ist verstärkt aus dem Wahlkampfe hervorgegangen. Die Zahl ihrer Mitglieder hat sich seit dem Jahre 1876 wieder verdoppelt. Die Ministeriellen dagegen haben wesentliche Einbußen erlitten und die Verluste, welche die Dissidenten zu verzeichnen haben, die Niederlagen der Radicalen, sind dem Consortium Cairoli keineswegs zu Gute gekommen, sondern den Constitutionellen, deren Stellung insofern an Bedeutung gewonnen hat, als es nun in ihrer Hand liegt, durch eine Coalition mit der Linken das Ministerium doch noch zu Falle zu bringen. Die Sicherheit des Cabinets beruht auf der Hoffnung, daß dieser Fall nicht eintreten werde. Indessen die Consequenz des Satzes „les extrêmes se touchent!" pflegt überall da hervorzutreten, wo die Verwirrung der Gemüther, wo die Zersetzung des Staates auf dem Gipfelpuncte angelangt ist. Herr Cairoli und seine Getreuen sind heute auf das Pactiren mit der Opposition angewiesen und gezwungen, von Fall zu Fall so lange Verständigung mit den Gegnern zu suchen, bis diese Methode eines schönen Tages versagt und der Zusammenbruch der mit so unwürdigen Mitteln geschaffenen Herrlichkeit besiegelt ist.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 22. Mai.

Es erscheint geradezu als eine Ehrenpflicht der unabhängigen Presse, einen der verdientesten Männer des neuen Deutschen Reichs, den Abgeordneten Dr. Delbrück, gegen die Verunglimpfungen der Berliner Officiösen in Schutz zu nehmen. Auch die „Breslauer Zeitung", ein sehr gemäßigtes Fortschrittsblatt, schreibt in diesem Sinne:

Zu den allerempörendsten dieser officiösen Feldzüge gegen die ehrliche Ueberzeugung und gegen makellose Charaktere gehört aber die jüngste Action gegen Delbrück. Dafür, daß er die politischen und wirthschaftlichen Anschauungen seines Lebens, dieselben, welche noch bis vor Kurzem die des Reichskanzlers und die herrschenden in Deutschland waren, freimüthig vertritt, wird er in einem officiösen Waschzettel mit einem Commandanten verglichen, der eine ihm anvertraute Festung verräth, wird er in der „Nordd. Allgem. Ztg." wiederholt, zuletzt am 19. Mai ganz ausdrücklich beschuldigt, in seiner Rede vom 8. Mai, Grenzzoll und Elbzoll absichtlich vermengt und durch diese Verwirrung die Interpretation von der Unzulässigkeit des am 16. Mai abgelehnten Artikels 4 der Elbacte hergestellt zu haben. Daran anschließend, wird ihm noch vorgeworfen, daß er im Widerspruch mit dem sonstigen Brauch in Preußen im Bund mit den „reichsfeindlichen" Parteien in eine principielle Opposition getreten sei, wobei ihm sein Ansehen als einstiger Minister und früherer Mitarbeiter des Fürsten Bismarck sehr zu Gute komme. Unsere Absicht ist, diese Angriffe, insofern sie gewissenlose Kränkungen gegen die Ehre eines Mannes sind, dessen Rechtlichkeit, Treue, Gewissenhaftigkeit in der politischen Welt Deutschlands und in der altpreußischen Bureaukratie sprüchwörtlich geworden sind, in ihrer Haltlosigkeit nachzuweisen und der allgemeinen Entrüstung preiszugeben .... Nur der Haß kann dem Abgeordneten Delbrück principielle Opposition gegen die Regierung des Reichs vorwerfen. In den Zollfragen ist sie es allerdings, aber gerade hier ist sie von einer imponirenden Gewissenhaftigkeit im Detail und daher rein praktischer Natur. Sonst hat er in wichtigen Fragen, wie in der Militairfrage, beim Socialistengesetz, beim österreichischen Handelsvertrag, ja bei der Samoavorlage für die Regierung gestimmt. Letzteres überraschte sogar seine Freunde, er that es aber lediglich aus Loyalität, weil er die Regierung nicht im Stich lassen wollte, nachdem sich dieselbe durch die Schaffung eines Consulats in Apia zu weit engagirt hatte. Unbegreiflich ist es aber, wie ihm ein Vorwurf daraus gemacht werden kann, daß er, aus dem Amte getreten, seine Meinung im Reichstage vertritt, nachdem der Reichskanzler in seiner letzten Rede selbst diese Absicht für den Fall seines Rücktritts ausgesprochen hat. Daß die Opposition eines so angesehenen, parteilosen Wächters des Rechts die unbequemste ist, begreifen wir. Die Art, wie das deutsche Volk in diesem Kampfe Stellung nimmt, wird zu zeigen haben, wie weit ihm der Sinn für Recht und Sitte erhalten geblieben ist ....

Nach einer uns aus Passau zugehenden Depesche erhielt bei der Ersatzwahl eines Reichstagsabgeordneten an Stelle des Dr. Krätzer (Centrum), welcher sein Mandat niedergelegt hat, nach dem bisher bekannt gewordenen Stimmen-Verhältniß Oberlandesgerichtsrath Friedrich Abt (Centrum) 5200 Stimmen und Bezirksarzt Dr. Egger (liberal) 1300 Stimmen. Die Bezirke, aus denen die Wahlresultate noch ausstehen, gehören zum größten Theil der Centrumspartei an.

Einem Herrn Overbeck, der früher österreichischer Consul in Hongkong war, ist, wie der „N. Z." aus Berlin gemeldet wird, es gelungen, sich von drei Sultanen auf Borneo das Souveränetätsrecht für einen großen Theil der Nordküste von Borneo zu erwerben. Er hat nun einen Plan ausgearbeitet, Borneo zu colonisiren, und sich damit zunächst an die österreichische Regierung gewandt. Diese war auch, wie Herr Overbeck versichert, anfangs nicht abgeneigt, auf seine Pläne einzugehen, brach aber die Verhandlungen ab, als der Einmarsch in Bosnien ihr andere Angelegenheiten nahe legte. Er sucht jetzt die deutsche Regierung für seine Pläne zu gewinnen, und der Reichskanzler hat sein Interesse dafür ausgesprochen; desgleichen der Chef unserer Admiralität, da auf der Nordküste von Borneo ein ganz ausgezeichneter Kriegshafen sich befinden soll. Auf den Montag ist zu Berlin eine Versammlung anberaumt, in welcher das Erscheinen der Herren von Bleichröder, von Hansemann und anderer Finanzmänner erwartet wird. Es soll in dieser Versammlung über die Frage berathen werden, ob das noch nicht aufgegebene Samoa-Unternehmen nicht mit der Colonisirung von Borneo zusammen ins Auge gefaßt werden könnte.

* * *